

der deutsche Anteil besteht im wesentlichen aus einer Umbuchung. Bereits gegebene Bürgschaften für Geschäfte, die dann doch nicht zustande kamen, werden für neue Abschlüsse freigegeben.

Daß so den Russen nicht wirklich zu helfen ist, wissen auch die Industrieländer. Und welche Gefahren von den russischen Atomreaktoren und dem atomaren Waffenarsenal ausgehen, haben die Gipfel-Vorbereiter ihren Chefs sorgfältig aufgeschrieben.

An Einsicht fehlt es, anders als noch in München, nicht mehr. Trotzdem fühlte sich der deutsche Kanzler zum Tadel provoziert. „Die Ruhe einiger“ an der Tafel sei „ihm völlig unverständlich“, so Kohl. Komme es zu einem Tschernobyl II, habe man es nicht nur mit den Folgen der Strahlung zu tun, dann sei auch die Kernindustrie im Westen am Ende.

Doch was tun? Allein die Abschaltung uralter Reaktoren, die Umrüstung noch brauchbarer Atomanlagen und der Bau von Ersatzkraftwerken würde 20 Milliarden Dollar kosten. Und die will niemand aufbringen.

So kehrte Jelzin ohne große Hilfe, aber mit ungebrochenem Selbstbewußtsein nach Moskau zurück. „Ich war hier kein Schüler“, sagte er zum Abschied, „der von Lehrern examiniert wird.“ □

### Banken

## Gegen Honorar

**Nach dem Präsidenten muß nun auch der Vize der Osteuropabank gehen – wegen dubioser Geschäfte in Ostdeutschland.**

**S**eine steile Karriere verdankt Manfred Abelein seinem Parteifreund Helmut Kohl. Der hatte den strammen Rechtsaußen nach dem Verlust des Wahlkreises als Vize der Osteuropabank (EBRD) nach London geschickt.

„Welche Peinlichkeit“, stöhnte damals das *Handelsblatt* über die Berufung des Banklaien. Ausgerechnet Abelein, einer der exponiertesten Gegner der Ostpolitik, sollte nun die Hilfe für Osteuropa organisieren.

Peinlich ist auch der tiefe Sturz des Manfred Abelein, 62. Doch den hat er ganz allein geschafft.

Allzusehr hatte Abelein (Jahreseinkommen bei der Osteuropabank: rund 270 000 Mark netto) seine Hilfe einem Betrieb im Osten Deutschlands ange-

dient. Der Neu-Banker hat dabei Honorare in Millionenhöhe kassiert.

Solche dubiosen Geschäfte sind nicht nur ein Verstoß gegen die guten Sitten. Als Mitarbeiter der Osteuropabank darf Abelein überhaupt keine Nebentätigkeiten und -einnahmen haben. In Tokio waren sich Kohl und Finanzminister Theo Waigel deshalb vergangene Woche einig: Abelein ist nicht zu halten.

Auch Jacques Attali, der umtriebige und eitle Präsident der EBRD, scheiterte nicht an der Ineffizienz seines Managements und an seiner Verschwendungssucht beim Umbau des Bankgebäudes. Gehen mußte der Franzose, weil er 30 000 Dollar Honorar für eine Vortragsreise nach Japan kassiert und den Trip als Dienstreise abgerechnet hatte.



**Bankier Abelein**  
Verstoß gegen die Dienstvorschriften

Nach Attalis Sturz pochten vor allem die Franzosen darauf, auch die Vizepräsidenten zu überprüfen. Im Visier hatten sie den ungeliebten Abelein, der in der Bank als „Null-Nummer“ gilt. Presseberichte über dessen private Aktivitäten im deutschen Osten haben den Verdacht geschürt, daß der Deutsche gegen die Dienstvorschriften verstoßen hat.

Wahrscheinlich hat der Christdemokrat bei seiner Einstellung im April 1991 seinen Aufsichtsratsposten bei den Zwickauer Sachsenring Automobilwerken (SAZ) deklariert, vielleicht hat er auch seine Aufwandsentschädigung von jährlich 20 000 Mark angegeben.

Doch die reichte dem Vizepräsidenten der Osteuropabank nicht. Der Ex-Bundestagsabgeordnete und Rechtsprofessor stellte sich außerdem als juristischer Berater für die um ihr Überleben kämpfende ostdeutsche Firma zur Verfügung – gegen Honorar natürlich.

Der juristische Berater Abelein präsentierte dem Unternehmen, dessen Wohlergehen der Aufsichtsrat Abelein eigentlich verpflichtet sein sollte, eine Rechnung, die der Firma gefährlich viele liquide Mittel entzog. Er vereinbarte, „für meine anwaltlichen Bemühungen“ beim Verkauf des SAZ-Gelenkwellen-Werkes „25/10 aus einem Gegenstandswert von DM 203 Millionen“ zu erhalten.

Üblicherweise werden Projekte dieser Größenordnung nicht nach der Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung (Brago) abgerechnet, sondern nach Tagessätzen. Andernfalls schießt das Honorar unge rechtfertigt in astronomische Höhen.

Abelein rechnete allerdings auf Basis der Gebührenordnung ab, nicht aber mit den dort gängigen Margen zwischen 7,5 und maximal 15 Zehnteln der Standardgebühr; er hob den Satz auf 25 Zehntel. Diese Marge wiederum bezog der kundige Jurist nicht, wie marktüblich, auf den letztendlichen Erlös aus dem Geschäft (der später bei 44,5 Millionen Mark lag), sondern auf den ursprünglichen Gegenstandswert von 203 Millionen Mark.

So wurde aus der Beratertätigkeit ein Millionengeschäft. Abelein und sein Geschäftsfreund und Aufsichtsratskollege Werner Frantz, die partnerschaftlich in mehreren Fällen Rechtsbeistand leisteten, kassierten insgesamt mehr als 6,5 Millionen Mark.

Erst ein Jahr später regte einer der SAZ-Geschäftsführer, der Unternehmensberater Horst Meyer aus Hannover, bei der SAZ-Eigentümerin Treuhand eine juristische Prüfung des Falles an. Das Ergebnis war eindeutig: Die Verträge waren nicht korrekt.

Im Dezember 1992 vereinbarte die Treuhand mit Abelein und Frantz einen Vergleich: Die beiden zahlten etwas mehr als zwei Millionen Mark an SAZ zurück, als Eingeständnis zuviel kassierter Honorare. Und die Treuhand erklärte sich bereit, Abeleins Beutelschneiderei nicht weiter zu kommentieren oder zu verbreiten. Abelein und Frantz legten ihre Aufsichtsratsmandate nieder.

Offenbar war niemand daran interessiert, die Ausplünderung des Unternehmens durch einen bekannten CDU-Politiker publik zu machen. Bis heute hat die Treuhand keinen Revisionsbericht zum Fall Abelein/SAZ veröffentlicht.

Bei der Osteuropabank kommt der Christdemokrat nicht so ungeschoren davon. Dort endet mit der Affäre seine Karriere. □